

Ressort: Politik

## So nicht Deutschland

### Oje Deutschland

Berlin, 22.08.2023, 06:46 Uhr

**berlingpress** - Deutschland ist auf dem besten Weg sich selber hinzurichten. Dabei sind es nicht nur die Politiker die dafür Sorge tragen, sondern auch die Gewerkschaften wie zum Beispiel die VERDI, mit maßlos hohen Forderungen.

Deutschlands Bürger sind mittlerweile mehr als unzufrieden mit der gesamten Situation, die mittlerweile herrscht. Egal, ob es die Wohnungsnot ist oder die hohen Lebenshaltungskosten. Das Schlimmste aber für die Bürger ist, dass die Bundesregierung nicht in der Lage ist, etwas dagegen zu tun. Oder aber nichts dagegen tun möchte. Die Mieten sind mittlerweile unbezahlbar geworden, oder wenn man eine Wohnung gefunden hat, die bezahlbar ist, nicht für Bundesbürger zu mieten. Meist gehen diese Wohnungen an Flüchtlinge, oder Bürger, die die Wohnungen vom Staat finanziert bekommen. Das beste Beispiel dazu ist in Berlin eine der sechs staatlichen Genossenschaften die GEWOBAG.

Diese baut in Spandau einen großen Komplex mit mehreren hundert 1-5 Zimmer Wohnungen. Diese kommen aber nicht in die offizielle Ausschreibung für alle. Der gesamte Komplex wird für ukrainische Flüchtlinge errichtet, was so ja auch nicht verkehrt ist. Aber man sollte doch bitte auch ein Auge auf seine eigenen Bürger haben. Auch die Erhöhung der Miete bei Mieterwechsel ist eine gängige Praxis, welche durch die Genossenschaften vollzogen wird, ohne dass diese irgendwas dafür tun. Aber dass ist nur einer von vielen Punkten, die nicht stimmen in Deutschland.

Auch die steigenden Lebensmittelkosten sind unhaltbar. Alles wird teurer und die Regierung ermahnt zum Sparen. Wo soll denn gespart werden, wenn die Kosten stetig steigen? Obst, Gemüse, Fleisch, Benzin alles geht nach oben doch die Löhne bleiben gleich. Ja, am Anfang habe ich gesagt, die VERDI ist auch ein Preistreiber beziehungsweise die Gewerkschaften. Das stimmt auch. Da werden zwar Forderungen nach Inflationsausgleichsprämien in den Raum gestellt, nach mehr Lohn und Gehalt teilweise im zweistelligen Prozentbereich. Dass ist im ersten Moment für die Beschäftigten, die es trifft, auch gut. Aber denkt VERDI und die anderen Gewerkschaften auch mal weiter.

Die Forderungen, wenn sie dann erfüllt werden, werden auf alle umgelegt, auch auf die Beschäftigten, die davon profitieren. Viel schlimmer aber ist doch, dass Stellen in diesen Unternehmen einfach nicht mehr besetzt werden und die Mitarbeiter deren Arbeit dann mitmachen müssen. Und genau da können die Gewerkschaften dann nichts machen. Da stellt sich dann die Frage, ob es das wirklich wert war, solch hohe Forderungen auf dem Rücken aller durchzukämpfen. Zumal bei Streiks der kleine Mann der sich mühselig einen Urlaub erspart hat, leidet weil er nicht weg kommt. Darüber sollte mal nachgedacht werden und sich nicht im Fernsehen als Heilsbringer feiern lassen.

Das alles sind genau die Situationen, welche dann nicht wundern lassen, wenn es immer mehr Reichsbürger gibt und immer mehr Bürger sich nach rechts wenden. Die AfD ist momentan das beste Beispiel dafür. Die Bundesregierung wird, wenn es so weiter geht, in der nächsten Bundestagswahl nicht an der AfD vorbeischauchen können. Die Deutschen sind einfach unzufrieden und genau hier und jetzt muss die Bundesregierung was tun sonst entgleitet ihnen Deutschland. Es kann nicht angehen, dass immer nur für die Reichen und für andere Länder getan wird und der Deutsche Bürger auf der Strecke bleibt. Wir könnten viele Beispiele aufzählen, wo es in Deutschland hakt, aber hilft das?

#### Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-124643/so-nicht-deutschland.html>

#### Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

**Haftungsausschluss:**

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

**Editorial program service of General News Agency:**

United Press Association, Inc.  
3651 Lindell Road, Suite D168  
Las Vegas, NV 89103, USA  
(702) 943.0321 Local  
(702) 943.0233 Facsimile  
[info@unitedpressassociation.org](mailto:info@unitedpressassociation.org)  
[info@gna24.com](mailto:info@gna24.com)  
[www.gna24.com](http://www.gna24.com)